

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Bezugspreis für Abnehmer Nr. 490, durch auswärtige Boten
630 Mark jährlich; bei 9 Pfund zu 4 Scheiteln extra
erhöht auf 660 Mark. Einmal im Jahre 25 Pfund
Postkonto Leipzig 16654. Geschäftsstelle: Dörfelstraße 4.
Für werbetreibende Aufwendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Gesp. Millim.-Raum 10 Pf.
Die laufende Monatsquittung wird vom Beziger auf seine
Anzeigen in Stellung genommen. Bisherige Gebühr 50 Pf.
Besonders: Norm-Anzeigen 1/16 1/2 vorz. Verfahr. 100.
Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechn.

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 147. Mittwoch, den 7. Juli 1920. 160. Jahrgang.

Tageschronik

Erste Zuspitzung der Lage in Spanien.

Schließung des Reichstags während der Dauer der Span. Revolution.
Besprechung Millerands mit Hugo Stinnes.
200 Milliarden Industrieschäden in Nordfrankreich.
Polen fordert Zurückführung der Wälder.
Rumänien mobilisiert gegen Russland.
Trotzender Generalkrieg im mitteldeutschen Bauaufstehen.
Der Oberpräsident fordert Aufhebung des Belagerungsstandes.
Überlegung des Lohnanstehens im Reichstag beschlossen.

Die Konferenz in Spa.

Die erste Unzufriedenheit Lloyd Georges.

Wichtigste wird über die erste Sitzung in Spa am Montag berichtet, bei der Beginn der Sitzung der belgische Ministerpräsident Delecloux von den belgischen Vertretern eine prägnante Antwort über die Durchführung der militärischen Verpflichtungen zu erhalten wünschte. Darauf antwortete Lloyd George in deutscher Sprache, er selbst sei ein Laie, aber er würde die Verantwortung der Angelegenheit übernehmen. Was die tatsächlichen Einzelheiten angehe, so werde die Verhandlung des Reichstages mit dem Generalstab von Spa am Dienstag erwartet. Bei den Ministern gab sich lebhaftest Bewegung kund, daß der Reichswehrminister noch nicht zur Stelle war. Lloyd George sagte, man würde die Ausführungen des Reichswehrministers anhören, doch auch in den anderen Kammern ist es notwendig, daß der verantwortliche Minister seine Reserven selbst vertritt.

Das „Journal“ schreibt dazu: Dieser ernste Zwischenfall kann andererseits als symptomatisch betrachtet werden, für die Dispositionen der belgischen offiziellen Persönlichkeiten. Diese haben sich immer mehr bemüht die wirtschaftlichen Fragen an die Spitze zu stellen, und sie hatten auch gewonnen, daß das die Alliierten getan hätten. Aber auf Seiten der Entente erachtete man es als erste Vorbedingung für alles andere, von Deutschland die Aufklärungen der militärischen Lage zu verlangen, während die Alliierten eine beständige Bedrohung des europäischen Friedens bedekte.

Weiter und v. Seest in Spa.

Reichswehrminister Dr. Seest und General von Seest sind gestern nachmittags 2 Uhr im Auto von Aachen kommend in Spa eingetroffen. Sie begaben sich sofort zu einer Besprechung in die Villa des Reichslandwirts. Die zweite Sitzung der Konferenz fand gestern 5 Uhr statt. Auf dem Vormarsch Dr. Seest reiste gestern Abend von Berlin nach Spa ab. In seiner Begleitung sah man u. a. den Reichslandwirt Richter aus Weimar. Mit dem gleichen Zweck begaben sich nach Spa der Vertreter des Reichslandwirtschaftlichen Herrn von Bodenstein, ein Vertreter des Reichslandwirtschaftlichen, die eiden Verarbeitersführer von Bodenstein und Wieser-Dortmund.

Was Deutschland fordert.

Aus einer Unterredung mit einem deutschen Diplomaten in Spa teilt der Vertreter des „Antrafranzose“ mit: Die deutschen Delegationen werden 50 Milliarden für die Entschädigung vorschlagen; sie würden erst 60 Milliarden vorschlagen, wenn nicht zu umfangreiche Bestimmungen von Art. 231 des Versailler Vertrags gefordert werden würden. Die von der belgischen Delegation geforderten 200 Milliarden des Friedensvertrages bezüglich der Reparationen und Danzig würde verlangt werden. Für die Reparationen würden mindestens 150 000 Mark gezahlt werden, wobei die Zahl der Reparationen nicht festzusetzen wäre, sondern die Zahl der Reparationen würde an den Alliierten überlassen werden. Die Reparationen würden an den Alliierten überlassen werden, die Reparationen würden an den Alliierten überlassen werden. Die Reparationen würden an den Alliierten überlassen werden.

Spanische Spannung in Spa.

Die unter Berliner Vertreter erklärt, ist die Spannung bei den französischen Delegationen in Spa sehr groß. Es wird berichtet, daß die französische Delegation Spanische Reparationen auf der Konferenz keine Berücksichtigung finden. Millerand ist entschlossen, die französischen Reparationen unter allen Umständen, besonders auch in der Konferenz, durchzuführen.

200 Milliarden Industrieschäden in Frankreich.

Der Vorstand der Wiederanbahnungskommission Dubois hat einen Bericht über die Schäden in Nordfrankreich fertiggestellt. Danach beziffern sich die Industrieschäden in Frankreich nach heutigem Wert auf 200 Milliarden Mark. Das sind Mindestzahlen für Spa.

Stinnes bei Millerand.

Laut „Matin“ hatte am Montag Hugo Stinnes, der von Köln gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Stinnes hatte Millerand seine Pläne über die Wiederherstellung der vertriebenen Gebiete anseinandergesetzt. Millerand machte einige Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entwickelte System der internationalen Zusammenarbeit.

England und Frankreich.

Von bestinformierter Seite erfährt unser Berliner Vertreter folgende sehr wichtige politische Tatsachen, die den Ausgang der Konferenz von Spa außerordentlich beeinflussen werden. Die Verhandlungen der internationalen Wiederaufbaukommission sind in England nicht konsequent geblieben. Die übereinstimmende Ansicht geht dahin, daß England in den letzten zwei Monaten eine vollkommene Wandlung in seinen außenpolitischen Ansätzen erfahren hat und zwar ist die Hauptursache die tiefergehende Meinung über die Lage in England und Frankreich in der Orientfrage. Es macht sich jetzt mit der Delegation bemerkbar, daß England beunruhigt zusehen will, um das Gegenteil von dem zu erreichen, was es zuerst bei der Einleitung der internationalen Wiederaufbaukommission erreichen wollte. Die enge Beziehung spielt plötzlich den Uninteressierten. Sie gibt zu verstehen, daß Frankreich freie Hand lassen will, aber nicht in der Weise, um Frankreich zu unterstützen. Aus diesem Grund ist die Haltung Millerands jetzt sehr unsicher und schwankend geworden. Er merkt, daß England darauf hinaus zielt, Frankreich zu isolieren, und strebt eine Verständigung mit Deutschland an (?). Auch Italien hat seinen Kurs ändern müssen. Während es vorher mit England zusammenhängt, sieht es sich jetzt auf Frankreich ansetzen und zwischen beiden Staaten ist eine Annäherung im Gange, die sich auf der Konferenz von Spa geltend machen wird. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß eine solche Lösung der Ausgang der Konferenz von Spa günstig beeinflussen würde. Im Gegenteil besteht die große Gefahr, daß durch die Interessenlosigkeit Englands der wichtige Bestandteil der Wiederaufbaukommission praktisch wertlos ist. Deutscherseits beginnt man, mit all diesen Gegebenheiten zu rechnen, und ist deshalb festlicher denn je gestimmt.

Der Raubzug auf die deutsche Kohle.

Das schwer zerrüttete Deutschland hat nur noch eine einzige unverkäufliche Kraft, und die besteht in unserer Kohle, die auf dem ganzen Weltmarkt begehrt wird, weil England seine Kohlenausfuhr beschränkt, um selbst damit seine Industrie zu stärken. Deutschland dagegen soll nach den Forderungen der Alliierten seine eigenen Kohlenbedarf einschränken, um desto mehr aus Ausland abzugeben. Unsere Kohle ist aber das einzige Mittel, mit dem wir die Zufuhr an Rohstoffen und Lebensmitteln bezahlen können. Nun wollen aber die Alliierten in Spa die Forderung aufstellen, daß sie das Vorkaufsrecht auf die Lieferungen deutscher Kohle erhalten und die anderen Länder erst in zweiter Linie vorzuziehen werden dürfen. Diese Forderung ist in unzweifelhafter Weise ein Eingriff in die Handelsfreiheit. Wenn die Alliierten in großen Mengen deutscher Kohle abdecken, so sollen sie dafür auch entsprechende Gegenleistungen leisten. Machen sie einem notleidenden Deutschland günstige Gegenangebote, so können sie überhaupt nicht, daß sie sich dadurch ein Vorkaufsrecht erwerben. Das ist ein solches Vorkaufsrecht aber durch internationale Vereinbarung abwehrbar ist, das kann niemand von Deutschland verlangen. Es wäre ein unauflösliches Torheit der Regierung, wenn sie sich in Spa darauf einlassen würde, mehr Kohlenlieferungen zuzugestehen, als im Friedensvertrag ausgemacht sind. Was darüber an Lieferungen an die Alliierten hinausgeht, das muß auf andere Weise der deutschen Wirtschaft zugute kommen, und muß bei vollständiger freien Einbindung des Handels überlassen bleiben. Durch die Vorkaufsrechte der Alliierten auf die Kohlenlieferungen der deutschen Industriegebiete verloren. Es ist daher unter aller Noth, wenn wir, um wieder in den Besitz der unserer Wirtschaft notwendigen Kohlen zu gelangen, nur dann Kohlen aus Frankreich abgeben, wenn dies sichergestellt ist, daß wir sie zu bezahlen. Um diese Frage will sich nun Frankreich herumdrücken und verlangt, daß es in der Lieferungen mit Kohlen ein Vorkaufsrecht genießt, ohne anzudeuten zu sein, daß für Deutschland wirtschaftliche Ausgleichungen zu machen. Das (Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Deutsche Büttel für Deutschlands Knechtschaft.

In einem Leitartikel der „Frankf. Ztg.“ (vom 30. Juni) lesen wir: „Uns können jetzt aus gemeinen Respektlosen passivsten, demotivierten und sozialistischer Verfassungen in den Ententeländern nichts mehr nützen.“ Deren sie uns je etwas genützt? Aber gerade die „Frankf. Ztg.“ und die ihr nachsehende Presse hat schon vor dem Kriege und unweit der Entscheidung durch während desselben die Stimmen derartiger Kronenartikel als die wahre Meinung der feindseligen Völker betrachtet, hat den ungeheuren Irrtum aufkommen lassen, daß in den Völkern alles erst Bräuberliebe und Völkerverderblichkeit sei, daß es nur gewisse verbredliche oder bornierte Kreise in Deutschland seien, die das nicht einsehen wollten. Da war es nun sehr fähig, daß die jenen Kreise nachziehenden Männer Deutschland von Sieg zu Sieg geführt zu werden. Schon im Frühjahr 1916 war Adolf Hoffmann mit französischen und italienischen Genossen zusammen in der Schweiz. Und sie hörten betrieblieh seinen Bericht, daß man in Deutschland zwar immer noch glaube, die Entente wolle dem deutschen Volk die Entschädigung abshopfen, daß aber gute Aussicht sei, diese Auffassung werde bald überwunden sein. Und nun begann das emliche Wort der Ermahnung der deutschen Front und der deutschen Heimat. Die Feinde ja alle diese Sirenenklänge, Deutschland brauche sich nur zur Demokratie zu bekennen, dann sei ihm alles verziehen. Die Schweiz war der Sitz dieser Propaganda; dort wirkten Männer, wie Greling, die sich wogstrotzigenstrebend die illustrierte Zeitschrift vom „Berliner Tageblatt“ Anfang 1918 brachte. Als Mann der Verführung ließ sich damals Wilhelm Bruns verführen und als sein Agent wirkte in der Schweiz ein Amerikaner George D. Herron. Er richtete sich sein Verbleiben sei, daß Deutschland an Wilsons 14 Punkte glaubte; sein Verbleiben ist es also, wenn die Regierung das ungeliebte Prinzip von Baden sich mit Absichten von der Bereicherung der Macht abwendete und Mehrschicksal Deutschlands als eine reine Wunde bürstete, deren Abheilung die Herzen der rauhen Feinde so rühren werde, daß sie unter Tränen nun auch die Waffen niederlegen würden. Man glaubte im Ernst, daß jene wohlwollenden passivistischen Ziele wirklich die Stimmen der feindseligen Völker wären. Die Entschädigung war unaussprechlich und schrecklich.

Nun schlägt dem genannten Herron das Bewußtsein, und in einer kürzlich erschienenen Rundschau. Der Pariser Frieden und die Jugend Europas“ gibt er offen zu, es so vor Wilsons gegebenes Wort, das das Deutsche Reich inwenig aushöhte und so den Sieg vorbereitete hat. Nun muß dieser Willkürhändige Amerikaner den Frieden von Versailles erleben, den Triumph des allseitigen Daffes gegen das ganze deutsche Volk. Wir haben gute Gründe, anzunehmen, daß solcher Umschwung in der Stimmung in den Ententeländern nicht vorzeitig ist; aber was will das sagen gegen die fallerische und erbarmungslose Ausbeuterangriffung der Regierungen, die ganz abhängig von dem Großkapital die Aufschaltung der deutschen Kontrakte in den Anarchie und Handel als unversöhnliches Ziel sieht. Die Bereicherung des deutschen Volkes ist für sie eine unerbittliche Weherschuldung. Führt sie zum tabulmäßigen Niedergang, dann desto besser. „Anzwei Millionen Deutsche zu viel“, wiederholt stets Clemenceau, der Tiger“, der eigentliche Vater des Friedens von Versailles. Ist Deutschland nun wenigstens einzig in der Welt? Wir wissen selber, daß es nicht so ist. Hermann Müller, kürzlich noch unser Reichsminister, bezeichnet in seiner letzten Reichstagsrede sich stolz als „Europäer“; und zwar nicht die Massen, aber doch viele Kreise nicht nur unter den Mehrheitspolitikern, sondern auch unter den Demokraten, ganz abgesehen von Unabhängigen und Kommunisten, fühlen sich als „Europäer“, sehen das Ziel nur darin, daß Deutschland seiner Eigenart entleere, daß die Erinnerung an die vaterländische Geschichte aufhebt werde aus des Volkes Angedenken. Und das mitten unter Völkern, die sich am Gang ihrer oft so viel billigeren Geschichte berufen, wie Tscheden oder Polen, ganz zu schweigen von den Franzosen, die jetzt gerade ihre erst von unserem Schiller dem Reich der Väterlichkeit entzogene Anknüpfung von Orleans als Nationalheide feiern dürfen. Ganz anders unter Deutschland. Eine doppelte Knechtschaft lastet auf ihm, einmal die der Entente und dann die jener „Europäer“. Der Ausgang der Reichstagswahlen hat deren Macht trotz des unerkennbaren Ruins noch nicht nur erschüttert, nicht gebrochen, und in Preußen hat der Herrsch der Geist noch vollständig. Noch ist dort ein hohes Kultusministerium, auch ein „Europäer“ durch und durch. Doch auch in Preußen werden in absehbarer Zeit zwei

ein ersprießliches Aufkommenarbeiten mit den Arbeiter-Verbänden ermächtigt. Der Zweck des Reichslandarbeiterbundes ist die Sammlung aller nationalen Organisationen der Landwirtschaft und der ihr verbundenen Berufe. Der Bund vertritt den Widerstand und nicht christliche Arbeitsgemeinschaft mit dem gleichzeitigen Unternehmertum. Nur hierdurch glaubt er den Interessen der ländlichen Arbeitnehmer in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht dienen und dadurch an der Erhaltung der Landwirtschaft mitwirken zu können. Was aufeinander ankommt, ist, darf sich nicht bekämpfen, ist sein Grundsatz. Der Reichslandarbeiterbund ist für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landarbeiters ein. Das Zentralorgan ist das „Zeitung Landarbeiterblatt“, Schriftleitung und Verlags Berlin SW. 11, Kleinbeerstraße 6.

Aus Kreis- und Nachbarkreisen

Schulverpachtung. — Kurlitz.

**** Kurlitz, 6. Juli.** Die in Kurlitz überlassene Pachtverpachtung, die an diesem Einwohnerbaumweide erzielte, erzielte eine Einnahme von zusammen 3436.50 M. und zwar belief 1936. — M., Pfaffen 1800.50 M. Am 2. und 3. wurde die Pacht etwa 1300 M. — Kurlitz Nr. 5 des Schulbes. Dürrenberg westl. unter 414 Nummern 123 Personen auf.

Schotenblei fahl.

**** Wehlen, 5. Juli.** Neben einem es kürzlich einem jungen Manne, welcher ebenfalls eine Kreise durch die Felder unternahm. Hier ist er fünf Jahren beim Schotenblei fahl. Anzeichen von Schotenblei im Grubenbetriebe einsetzten und nun erkrankten die Männer dieser Frauen, so daß der junge Mann sich verabschiedet, das Feld zu räumen, um nicht Mißhandlungen ausgesetzt zu sein.

Kreisrat des Landkreises Weisenfels.

**** Weisenfels, 5. Juli.** Der Kreisrat des Landkreises Weisenfels brachte auf die Aufforderung der Regierung die ernannte Ernennung des kommissarischen Landrats Zimmermann in Vorschlag. Am Antritt an den Bericht des Landrats über die wirtschaftliche, finanzielle und sonstige Lage im Kreis kam es zu eingehender Aussprache über die Wohnsteuer. Die Geschäftsverträge der Kreisbeamten wurde zwecks weiterer Kommissionsberatung vertagt. Den Beamten soll jedoch ein Verzicht erwährt werden. In einer Resolution (Güter II. 2) wurde eine Verabschiedung der Kreisrat und Kreisrat erachtet und in einem Aufsatzentwurf von Seiten der Regierung als das geeignete Mittel zur Preisermäßigung und zur Beseitigung der Verabschiedung der Anwesenheitspflicht befürwortet. Beide Resolutionen wurden mit je 15 Stimmen angenommen.

Abänderung des Statutes.

**** Dessau, 4. Juli.** Am 1. in der Schulverpachtung vom Anstande unabhängig zu machen, beschloß der Kreisrat einen entsprechenden Beschluß. Er bewilligte 88 000 M. ausdientlich, um an Schulen und Grubenbetriebe über den Kreis zu übertragen. Die Anlage von großen Schulbauten soll den Gemeinden die erforderliche Zahl an Entnahmen liefern.

Gerichtszeitung

Verurteilung Eisenbahndiebstähle.

**** Halle, 6. Juli.** Der 47jährige Wagnerscheber Hermann wurde vom Schwurgericht wegen Eisenbahndiebstahls zu 12 Monaten Gefängnis und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte, der 25 Jahre im Eisenbahndienste stand und unbekannt war, hatte während drei Jahren aus Gepäckflüchtigen Lebensmittel entwendet. Angeführer und Bodenmeister waren dabei im Einverständnis. Bei mehreren im August und September 1919 vorgenommenen Samstagsfahrten bei ihm und ihm zugehörigen Personen wurden ganze Warenlager entwendet, die einen Wert von über 30 000 M. hatten. Der Angeklagte fuhr in den Zügen Halle—Berlin, Halle—Kranfurt und Halle—Stottbus.

Der Prozeß gegen den Massenmörder Schumann.

Berlin, 5. Juli. Heute begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den Massenmörder Massenmörder Friedrich Schumann. Der Angeklagte wird beschuldigt des Mordes in 7 Fällen, des versuchten Mordes in 11 Fällen, in 2 Fällen der versuchten Brandstiftung mit Verabstufung, Mordversuch in 4 Fällen, des Versuchs dieses Verbrechens in 2 Fällen und des versuchten vollendeten schweren Diebstahls in 8 Fällen.

Die Brüder Philipp verurteilt.

Die Brüder Rudolf und Karl Philipp in Wiesbaden (der dritte Bruder, Hausmann Philipp, wurde seinerzeit in drei Jahren Gefängnis verurteilt) waren vom Landgericht Wiesbaden von der Anklage der Verbrechen und Preisverbrechen freigesprochen worden. Das Reichsgericht hatte die Revision in Bezug auf die Preisverbrechen für begründet anerkannt und die Sache an das Frankfurter Landgericht verwiesen. Die Strafkammer verurteilte nun gemäß dem Auftrag der Staatsanwaltschaft die beiden Brüder zu je 10 000 M. Geldstrafe und Einziehung der überschüssigen Gewinne in Höhe von 1 460 000 M.

Turnen, Spiel und Sport

Kreisausflug für Preisleistungen. — Am vergangenen Montag hielt der Kreisausflug der Preisleistungen eine Versammlung ab, in der folgende wichtige Termine besprochen wurden. Am 1. September, endlich, soll die städtische Turnhalle in der Braunsstraße wieder ihrem alten Zweck übergeben werden. Damit wäre die so viel besprochene Angelegenheit zum Nutzen der Turner erledigt und wird diese Lösung bei ihren ungeliebten Freizeitspielen. Kann dann doch verabschiedet zum Winter die Halle den Turnern wieder zugänglich gemacht werden. (Schriftlich wird den Halbespender Wintermonate Gelegenheit zu Vorkenntnissen geben wollen, ein Abend freigegeben, falls die nicht vorliegen sollten mit einem Turnverein in gemeinsame Winterarbeit zu machen. Die Sp. (H.) Als weitere Termine wurden besprochen: 25. Juli 1920: Gauwettbewerb. 1. August 1920: 1. Sports- und Schwimmfest in Merseburg (H. f. 2. Blatt).

15. August 1920: Wagnerscheber des Kreuzplatzes (Hinterer Götterdäse).
22. August 1920: Fahrten-Schwimmen Köpen-Verkehr.
29. August 1920: Jungmädchen-Wettläufe (Hinterer Götterdäse).
5. September 1920: Reichs-Jugend-Wettläufe (H. f. 2. Blatt).

Wir werden die einzelnen Veranstaltungen noch getrennt der Reihe nach an dieser Stelle widrigen.

Doch Preisabstufungen in Merseburg.

Wie wir hören, ist in der Sitzung am Montag der Preisabstufung für Körperpflege unter anderem beschlossen worden. Der Vorschlag der Merseburger Schwimmvereine ist bereits vorab an den Magistrat weiter zu geben, seitens der Stadt die Abänderung am 4. September je 1/2 Tag und Montag, Dienstag, Donnerstag, Donnerstag, Donnerstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags als Preisabstufung zu übernehmen und die geforderte Aufschüttung zu bewilligen. Somit wäre vielen Wünschen der hiesigen Bevölkerung nachzukommen. Es ist ja auch nicht mehr wie recht und billig, daß bei geforderten Preisabstufungen Preisverhältnisse gefordert werden, denn das Baden in freier Saale nimmt in einer Weise überhand, die zu großen Preisverhältnissen Anlaß gibt. Nachbarkreise Weisenfels, Jels, Naumburg, Halle usw. haben derartige Preisverhältnisse zum freien Baden langjährig gefordert. In derselben Sitzung ist auch Stellung genommen worden zur

hiesigen Spielplatzfrage

und es ist Aussicht vorhanden, durch größtes Entgegenkommen der hiesigen Sportvereine, die die Mäntel des röhrenartigen Spielplatzes in allen Teilen der Stadt zu schaffen, jedoch in ausgedehnter Weise die Bedingungen unserer Vereine befristet werden kann. Unsere Turner und Sportler werden mit Genugtuung diese Reize sehen und den Männern danken, die in selbstloser Arbeit dazu beitragen, die Spielplätze der Stadt zu erweitern.

Gauwettbewerb Naumburg—Erfurt. — Bei herrlichem Wetter fand die vom Schwimmklub Bader, Naumburg für alle Vereine des Gau 6 (Merseburg) im Kreis VII des Deutschen Schwimmverbandes ausgerichtete Schwimmfahrt vom Röchelitzer Sanatorium H. W. Naumburg bis zu dem etwa 4 Kilometer entfernten Ziel des hiesigen Bader Schwimmbades statt. Die Preisverteilung war ebenfalls sehr. Von allen Vereinen besticht ammen ca. 100 Schwimmer ins Wasser, ein gutes Zeichen, daß ein solches Schwimmbad nicht nur ein Preisverteilung. Die Fahrt selbst ging glatt von statten. Es bot ein farbenprächtiges Bild, zum Teil die Überbetriebung der Mäntel der Turner und Naumburg als Preisverteilung einen großen Auszug und mehrere ihrer Trainingsboote zur Verfügung gestellt hatten. Am Küster hatte auch die Musikalische Kapelle ankommen. Nach 51 Minuten fuhr durch die herrliche Landschaft der Preisverteilung, von dem am Ufer herrenen großen Schwimmern landete man in Erfurt. Nach einer patriotischen Ansprache familiärer Teilnehmer tritt es im gemütlichen Markt mit Musik nach dem Anschluss Antritt zu einem fröhlichen Tanz. Von der Merseburger Schwimmvereine teilnahmen sich 24 Schwimmer.